

## Die ökonomische Situation Rußlands und die Lage der Gewerkschaften

---

Dr. Alexej Schulus, geb. 1956 in Wilna/Litauen, Studium der Politischen Ökonomie in Moskau, ist Dozent an der Akademie für Arbeit und soziale Beziehungen (früher: Gewerkschaftshochschule) in Moskau;

Dr. Jurij Milowidow, geb. 1954, Studium der Wirtschaftswissenschaften in Cheliabinsk, ist Direktor des wissenschaftlichen Zentrums an der Akademie für Arbeit und soziale Beziehungen in Moskau.

### Zum aktuellen Zustand der Wirtschaft

Rußland befindet sich zur Zeit am Anfang der Übergangsphase zur Marktwirtschaft. Das alte System ist noch nicht völlig zerstört, und die neuen wirt-

schaftlichen Strukturen beginnen sich erst langsam zu entwickeln: 1991 lag der Anteil der neuen nichtstaatlichen Betriebe bei ungefähr 14 Prozent der erzeugten Produktion.<sup>1</sup> Anfang Juli 1992 befanden sich 850 Betriebe im Privateigentum, was 3,6 Prozent aller Industriebetriebe entspricht.<sup>2</sup> Zur gleichen Zeit lag der Anteil der 217 Warenbörsen Rußlands am gesamten Warenumsatz bei 3 Prozent.<sup>3</sup>

Wie werden die Reformen von der Mehrheit der Bevölkerung empfunden? Die Ergebnisse einer Umfrage von Ende September 1992 sind beunruhigend: Nur 24 Prozent der befragten Moskauer schätzten den heutigen Kurs positiv ein, 22 Prozent enthielten sich einer Stellungnahme und 54 Prozent waren negativ eingestellt.<sup>4</sup> Die kritische Stimmung der Mehrheit ist verständlich — die Menschen haben Sorgen wegen der beispiellosen Preiserhöhungen, der Senkung des Lebensniveaus und der drohenden Arbeitslosigkeit. Im Juni 1992 stiegen die Preise für Konsumgüter und Dienstleistungen auf das Dreizehnfache gegenüber 1991, während der Durchschnittslohn nur um das Achtfache stieg. Der Zuwachs der Geldeinkommen gleicht also im besten Fall nur die Hälfte der Preissteigerung aus.<sup>5</sup> Ungefähr die Hälfte der Bevölkerung Rußlands hat ein Einkommen, das unter dem minimalen Lebensindex in Höhe von 2150 Rubeln (etwa 20 DM nach dem Kurs von Juni 1992) liegt, 7 Millionen Menschen (4,5 Prozent der Bevölkerung) müssen sogar mit weniger als 900 Rubeln monatlich auskommen.<sup>6</sup> Die relativ niedrige Arbeitslosenquote (8,4 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung) ist kein Grund für Optimismus: Nach den vorsichtigsten Prognosen wird sie sich bis Ende 1992 auf das Fünffache erhöhen, und die absolute Anzahl der Arbeitslosen wird dann 1,5 Millionen Menschen betragen.<sup>7</sup> Besonders akut wird das Beschäftigungsproblem dann in kleineren und mittleren Städten sein, die traditionell ganz auf ein oder zwei staatliche Großbetriebe angewiesen sind. Das allgemeine Produktionsvolumen schrumpft weiter. Nach Einschätzung des russischen Regierungschefs Caidar wird der Rückgang Ende 1992 etwa 20 Prozent betragen.<sup>8</sup> Auch das Geld- und Kreditsystem steht am Rande einer Katastrophe, wovon der rapide Sturz des Rubel-Kurses zeugt: Kostete ein US-Dollar noch Mitte Juli 1992 150 Rubel, so mußte man Anfang Oktober dafür schon etwa 300 Rubel zahlen.

1 Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossijskoj Federacii v pervom polugodii 1992 goda. Soobščenie Goskoms-tata Rossijskoj Federacii, in: *Ékonomika i žizn'*, 4, 1992, S. 4-5, hier S. 4.

2 A. Frenkel, V. Galickij: *Ékonomika Rossii za 9 mesjacev i v zelom za 1992 god. Prognoz nezavisimych ékspertov*, in: *Delovoj mir*, 23. 9.1992, S. 6.

3 A. Frenkel, V. Galickij: *Ékonomika Rossii za 9 mesjacev i v zelom za 1992 god. Prognoz nezavisimych ékspertov*, in: *Delovoj mir*, 23. 9.1992, S. 6.

4 N. Benateli: *A v licnoj zizni bolsintve scasth'vy*, in: *Izvestija*, 28. 7.1992, S. 2.

5 Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossijskoj Federacii v pervom polugodii 1992 goda. Soobščenie Goskoms-tata Rossijskoj Federacii, in: *Ékonomika i žizn'*, 30, 1992, S. 5-7, hier S. 5.

6 Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossijskoj Federacii v pervom polugodii 1992 goda. Soobščenie Goskoms-tata Rossijskoj Federacii, in: *Ékonomika i žizn'*, 30, 1992, S. 5-7, hier S. 5.

7 Oslablenie finansovoj politiki pravitelstva narusilo nacavsujusja stabilizaciju. Doklad E. Gaidara, in: *Izvestija*, 23. 9.1992, S. 2.

8 Oslablenie finansovoj politiki pravitelstva narusilo nacavsujusja stabilizaciju. Doklad E. Gaidara. in: *Izvestija*, 23.9.1992, S. 1.

Die Ursachen der tiefgreifenden Krise der russischen Wirtschaft sind mannigfaltig. Äußerst negativ wirkt sich zunächst der Abbruch von wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Betrieben und Regionen als Ergebnis des Zerfalls der UdSSR aus. Sodann verläuft der Bewußtseinswandel hin zu einer „Marktpsychologie“ bei der Mehrheit der Bevölkerung sehr schmerzhaft. Die Weisungswirtschaft mit dem kolossalen Grad an Monopolisierung, mit ihrem riesigen militärisch-industriellen Komplex und ihrer durchweg veralteten Ausstattung erweist sich als schweres Erbe. Schließlich ist der heutigen Regierung Rußlands eine Mitschuld nicht zu ersparen: Sie hat offenbar keine klare strategische Linie, treibt keine Ordnungspolitik im wirtschaftlichen Bereich und kümmert sich nicht hinreichend um den sozialen Schutz der Bevölkerung.

Die Beschleunigung des marktwirtschaftlichen Erneuerungsprozesses (viele Fachleute gehen davon aus, daß er Jahrzehnte beanspruchen wird) ist unmittelbar mit dem Erfolg der Privatisierung verbunden. Für das Jahr 1992 wurden in diesem Zusammenhang drei Prioritäten gesetzt: Verwandlung großer und mittlerer Betriebe in Aktiengesellschaften; kostenlose Verteilung von Privatisierungsschecks (Vouchers) mit einem Nominalwert von 10.000 Rubeln an die Bevölkerung; „kleine Privatisierung“ (hauptsächlich im Handel und bei Dienstleistungen). Die „kleine Privatisierung“ wird (mit gewissen Problemen) seit Anfang 1992 verwirklicht. Seit Oktober 1992 laufen parallel dazu die Verteilung der erwähnten Vouchers und die Umwandlung in Aktiengesellschaften, womit die Bevölkerung in den Besitz von Aktien der ehemaligen staatlichen Betriebe gebracht werden soll (wer seine Vouchers nicht gegen Aktien umtauschen will, kann sie jedem Interessenten verkaufen).

#### Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaftsbewegung im Wandel

Die Wirtschaftsreformen in Rußland gehen mit erheblichen Veränderungen der Arbeitsbeziehungen einher. In der sozialistischen Wirtschaft hatten sie Anweisungs- und Kommandocharakter und eine ausschließlich vertikale Struktur. Die Gewerkschaften, mit dem Zentralen Allunionsgewerkschaftsrat (ZAGR) an der Spitze, waren in Wirklichkeit staatliche Behörden und Elemente des einheitlichen, der KPdSU untergeordneten Systems. Der Prozeß der notwendigen Änderung hin zu einer dreiseitigen sozialen Partnerschaft verläuft in Rußland sehr eigenartig. Erstens geht die Bildung unabhängiger Gewerkschaften schneller vonstatten als die Gründung von Privatunternehmen. Zweitens bleibt die Administration der Betriebe bisher Bestandteil des einheitlichen staatswirtschaftlichen Systems, so daß der Gegensatz zwischen Gewerkschaften und Unternehmern kaum deutlich wird. Die Unternehmer im staatlichen Sektor, in dem etwa 77 Prozent der gesamten Arbeitskraft konzentriert sind,<sup>9</sup> sind nicht unabhängig. Die Interessenauseinandersetzungen finden also zwischen den Gewerkschaften und den mächtigen staatlichen Monopolen, allerdings auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung selbst statt.

---

<sup>9</sup> Social'no-ekonomičeskoje polozenie Rossijskoj Federacii 1991 godu. Soobščenie Goskomstata Rossijskoj Federacii, in: *Ekonomika i žizn'*, 4, 1992, S. 4-5, hier S. 4.

Die russische Gewerkschaftsbewegung setzt sich gegenwärtig folgendermaßen zusammen: traditionelle (offizielle) Gewerkschaften; neue (alternative), demokratisch orientierte Gewerkschaften; neue (alternative), konservativ orientierte Gewerkschaften; lokale Gewerkschaften; Gewerkschaften der Arbeiter des nichtstaatlichen Sektors der Wirtschaft. Außer den Gewerkschaften hat sich in den Jahren der Perestroika eine Arbeiterbewegung gebildet, die ihren Ausdruck in Arbeiterkomitees (Streikkomitees) auf verschiedenen Ebenen sowie in vielfältigen gesellschaftlichen und politischen Organisationen gefunden hat. Die Bedeutung der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung nimmt in Rußland seit 1989 ständig zu. Da sie den Führungsanspruch der KPdSU ablehnten, Tarifvereinbarungen abschlossen und praktische Erfahrungen im Streikkampf sammelten, wurden Gewerkschaften und Komitees zu einer wichtigen Kraft, die die Regierung nicht ignorieren kann. Die Krise der Wirtschaft und das rapide sinkende Lebensniveau der Bevölkerungsmehrheit machen eine starke Rolle der Gewerkschaften allerdings auch notwendig. Dabei wird die Gewerkschaftsbewegung durch die Konfrontation zwischen den offiziellen und alternativen Gewerkschaften belastet, was die Regierung geschickt für ihre Interessen nutzt. Besonders störend wirkt sich aus, daß die traditionellen Gewerkschaften, als Erbschaft der Weisungswirtschaft, überflüssige Funktionen mit sich herumschleppen.

#### Zur aktuellen Situation der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung Rußlands

##### a) Offizielle Gewerkschaften

Die offiziellen oder traditionellen Gewerkschaften gehen auf das alte administrative System zurück. Bis zum Ende der achtziger Jahre hatten sie eine Monopolstellung und umfaßten praktisch die gesamte erwachsene Bevölkerung der ehemaligen UdSSR, also mehr als 140 Millionen Menschen. Erst im September 1990 wurde die Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Rußlands (FUGR) gegründet - sozusagen eine Pendant zum Zentralen Allunionsgewerkschaftsrat in kleinerem Maßstab. Zur Zeit sind 37 Zweiggewerkschaften und mehr als 70 regionale Gewerkschaftsvereinigungen Mitglieder der Föderation, die damit mehr als 65 Millionen Menschen organisiert (ungefähr 97 Prozent aller in der Volkswirtschaft der Republik Beschäftigten).

In den offiziellen Gewerkschaften sind bis heute nicht nur Lohnarbeiter, sondern auch Arbeitgeber vertreten. Die Organisationsstruktur folgt im großen und ganzen dem Industrieverbandsprinzip, das heißt: Alle in einem Betrieb Beschäftigten, der Direktor eingeschlossen, sind Mitglieder einer Gewerkschaft. Eine Besonderheit der ehemaligen UdSSR war, daß in den Betrieben seit 1983 neben den Gewerkschaftsgremien gleichzeitig „Räte der Arbeitskollektive" (RAT) existierten. Daher ist es heute nicht selten, daß Kollektivverträge in Betrieben zwischen Administration und RAT abgeschlossen werden, während früher das Monopol dazu bei den Gewerkschaften lag. Finanzielle Grundlage der traditionellen Gewerkschaften sind die monatlichen Mitgliedsbeiträge in Höhe von einem Prozent des Bruttolohns, die seit

Anfang der achtziger Jahre ebenso wie die Steuer automatisch vom Lohn einbehalten werden. Beträchtliche Einkünfte haben die offiziellen Gewerkschaften durch ihr Eigentum (Hotels, Erholungsheime, Sanatorien, Druckereien, Betriebe und so weiter).

Die Haltung der FUGR-Führung zu den Schlüsselfragen der Reformpolitik ist widersprüchlich. Im Hinblick auf die Privatisierung unterstützt die FUGR das Konzept, das Eigentum der staatlichen Betriebe zu Vorzugsbedingungen an die Arbeitskollektive zu übergeben. Man kann den Eindruck gewinnen, daß die offiziellen Gewerkschaften sich zwar gezwungen sehen, das Privatisierungsvorhaben zu unterstützen, daß sie es aber wahrscheinlich unterbinden würden, wenn die Umstände anders wären. Eher populistisch klingt auch ein anderes Motto der FUGR: Laßt die Reformen weitergehen, aber das Lebensniveau des Volkes darf nicht sinken. Die harte Geld- und Kreditpolitik der Gajdar-Regierung wird von den offiziellen Gewerkschaften scharf kritisiert. Der Rat der FUGR, das oberste Organ der Föderation, arbeitet politisch in erster Linie mit oppositionellen Kräften zusammen. So vereint zum Beispiel die im Juli 1992 gegründete „Allrussische Arbeitsberatung“ die führenden Repräsentanten der 17 offiziellen Zweiggewerkschaften und die Abgeordneten des oppositionellen Parlamentsblocks „Russische Einheit“, dem auch die Kommunisten angehören. Eine von der FUGR gemeinsam mit Direktoren der staatlichen Betriebe gebildete „Versammlung der sozialen Partnerschaft“ arbeitet parallel zu einer Kommission aus Gewerkschaften, Arbeitgebern und Regierungsvertretern.

Während der Rat der FUGR verbal die Reformen unterstützt, übt er gleichzeitig einen mächtigen Druck auf die Regierung aus, gegen deren Politik er de facto ist. Die Polemik mit der Regierung verfolgt auch das Ziel, die Aufmerksamkeit der Gewerkschaftsmitglieder von den inneren gewerkschaftlichen Problemen abzulenken, um einen „Allrussischen Kongreß der Gewerkschaften“ lange hinausschieben zu können.

Die offiziellen Gewerkschaften erleben zur Zeit eine schwere Krise. Ergebnisse einer Umfrage belegen, daß jeder zweite Arbeiter der untersuchten Betriebe einer möglichen Auflösung der offiziellen Gewerkschaften gleichgültig gegenübersteht. Nur jeder dritte wäre bereit, einem Streikaufruf seiner Gewerkschaft zu folgen. Ausdruck dieser Krise war die Spaltung der FUGR-Führung beim Plenum des Rates im April 1992. Damals stießen zwei Positionen aufeinander: Die Führung der FUGR war für eine strenge Zentralisierung der Gewerkschaften, während einige Vorsitzende von Zweiggewerkschaften für die Selbständigkeit ihrer Organisationen stritten. Dem FUGR-Vorsitzenden Klockov wurde die Vertrauensfrage gestellt, aber nach einer anderthalbstündigen Diskussion blieb er im Amt, was angesichts einer konservativen Mehrheit im FUGR-Rat nicht erstaunlich ist. Viele gewerkschaftliche Grundorganisationen sind deswegen unzufrieden mit dem FUGR-Rat und anderen Zentralorganen, was sie dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie ihre Zahlungen an die Zentrale auf ein Minimum reduzieren.

Wo liegen die Hauptgründe für die Krise der offiziellen Gewerkschaften? Erstens im schon erwähnten Konservatismus der FUGR-Führung, die Kritik in der Föderation auslöst und deren Einheit unterminiert; zweitens in der Überfülle der eigentlich gewerkschaftsfremden Funktionen, die den offiziellen russischen Gewerkschaften als Erbschaft des alten Systems geblieben sind. Die Gewerkschaften beschäftigen sich bis heute mit der Verteilung von materiellen Gütern, betreiben Sanatorien, kümmern sich um Sport und Kultur. Darüber vernachlässigen sie ihre Hauptpflichten. Drittens ändern sich die Motive der Gewerkschaftsmitgliedschaft. Konnte man früher als Gewerkschaftsmitglied Ferienschecks, bessere Konsumgüter, vielleicht auch mehr Krankengeld erhalten, werden die Möglichkeiten zu derartiger „Bestechung“ geringer. Das hat Auswirkungen auf die Mitgliederzahlen und die Einsatzbereitschaft. Viertens ist die soziale Zusammensetzung der Gewerkschaften problematisch. Zwischen dem Arbeiter und dem Direktor, dem Lohnarbeiter und dem Unternehmer gibt es keine Interessenidentität. Fünftens sind die Organisationsprinzipien unklar. Sechstens sind der Bürokratismus sowie die Verselbständigung des Apparats zu nennen: Die ungefähr 100 000 Funktionäre der offiziellen russischen Gewerkschaften sind von der Masse der einfachen Mitglieder weit entfernt. Siebtens fehlen angesehene und populäre Führer. Fast die gesamte FUGR-Führung stammt aus dem Parteiapparat, was Eingang in den Volkswitz gefunden hat: „Die offiziellen Gewerkschaften sind der Friedhof für Parteifunktionäre“.

Dennoch kann von einer Massenflucht aus den „alten“ Gewerkschaften keine Rede sein: 1991 sind nur etwa 0,3 Prozent der Mitglieder ausgetreten.<sup>10</sup> Untersuchungen zeigen, daß die Mehrheit der Befragten (39 Prozent) aus Gewohnheit in den offiziellen Gewerkschaften bleibt. 32 Prozent bleiben aus „opportunistischen“ Gründen (Zuteilung von Mangelwaren, Geldunterstützung, Wohnungen usw.). 14 Prozent sind überzeugt, daß die Gewerkschaften besser als andere Organisationen die ökonomischen, politischen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder vertreten können. 7 Prozent verlassen ihre Organisationen aus Angst vor dem Konflikt mit dem Gewerkschaftskomitee nicht. 2 Prozent fiel es schwer, die Motive ihrer Mitgliedschaft zu erklären.

Die Trägheit des Massenbewußtseins zusammen mit ihrer immer noch vorhandenen materiellen Basis sichert den offiziellen Gewerkschaften einstweilen eine hohe Mitgliedschaft. Es besteht aber kein Zweifel daran, daß sich die offiziellen Gewerkschaften nicht nur reformieren müssen, sondern daß sie sich der Marktwirtschaft anpassen müssen, wenn sie in Zukunft eine gesellschaftliche Rolle spielen wollen.

#### b) Alternative, demokratisch orientierte Gewerkschaften

Aus der Welle der Massenstreiks im Sommer 1989 entstanden, vereinigen die neuen Gewerkschaften heute schätzungsweise 300 000 bis 350 000 Menschen. Sie sind Kinder der Reformen und ihre soziale Stütze. Insgesamt gibt es

---

<sup>10</sup> G. Alekseev: Mesto pod solncem, in: Trud, 13. 8.1992, S. 2.

zur Zeit in Rußland etwa 25 offiziell registrierte und fast ebensoviele nichtregistrierte alternative Gewerkschaften. Die bekanntesten davon sind die unabhängige Gewerkschaft der Bergarbeiter (25 000 bis 30 000 Mitglieder), die Gewerkschaftsassoziaton des fliegenden Personals der zivilen Luftflotte (20 000 bis 25 000 Mitglieder), die Föderation der Gewerkschaften der Fluglotsen (7 000 bis 8 000 Mitglieder). Diese Gewerkschaften sind nach dem Berufsprinzip aufgebaut und nehmen keine Vertreter der Arbeitgeber auf.

Für die Finanzen der alternativen Gewerkschaften spielen Mitgliedsbeiträge nur eine untergeordnete Rolle. Wichtiger sind Einkünfte aus eigener kommerzieller Tätigkeit, ausländische Hilfen (vorwiegend von den Gewerkschaften Westeuropas und der USA) sowie Spenden von Privatpersonen und Organisationen.

Der bekannteste Zusammenschluß alternativer Gewerkschaften ist die „Vereinigung der sozialen Gewerkschaften“ (Sozprof), die im Frühjahr 1989 gegründet wurde und sozialdemokratische Positionen vertritt. Obwohl der Sozprof-Vorsitzende Chramow erklärt hat, daß die Vereinigung 250 000 Mitglieder zähle, ist diese Angabe nach Einschätzungen unabhängiger Experten ungefähr zehnfach überhöht. Während ihrer kurzen Geschichte erlebte die Sozprof bereits einige Spaltungen, wobei jene Organisationen, die im Oktober 1990 aus der Vereinigung ausgetreten sind, die „Russische Konföderation der Freien Gewerkschaften“ (RKFG) bildeten.

Während der drei Jahre ihres Bestehens unternahmen die alternativen Gewerkschaften mehrmals erfolglose Versuche sich zu vereinigen. Im August 1992 ist bei einer Sitzung der „Konföderation der Arbeit“ erneut ein entsprechender Beschluß gefaßt worden, diesmal zur Bildung eines „Konsultativen Rates“, einer Art von Anti-FUGR. Diesen Beschluß faßten die Gewerkschaften der Bergarbeiter, der Fluglotsen sowie die Sozprof und andere. Ob die angestrebte Struktur sich als lebensfähig erweist, muß sich noch zeigen.

Zu den Schlüsselfragen der ökonomischen Reformen nehmen die alternativen Gewerkschaften eine fortschrittliche Position ein. Sie unterstützen das Konzept der Privatisierung, wobei sie sogar eine vorübergehende Herabsetzung des Lebensniveaus hinzunehmen bereit sind. Gleichzeitig fordern sie zur entschiedenen Bekämpfung der Hyperinflation auf. Ihre politische Sympathien gehören der Bewegung „Demokratisches Rußland“, die Jeltsin an die Macht gebracht hat.

Auch wenn die neuen Gewerkschaften quantitativ nicht im entferntesten an die offiziellen Gewerkschaften heranreichen, dürfte ihr Einfluß auf die gesellschaftliche Situation durchaus vergleichbar sein. An den Streiks von 1991 nahmen beispielsweise nicht nur 5 Prozent der Bergarbeiter (was dem Mitgliederanteil der unabhängigen Gewerkschaft der Bergarbeiter entsprechen hätte), sondern bis zu 70 Prozent teil.<sup>11</sup> Das ganze Land wurde von einer

---

11 L. Gordon, É. Klopov: Trudovye otnošenija: k trechstoronnemupartnerstvu, in: Političeskie issledovanija, 1-2, 1992, S. 167-177, hier S. 170.

Welle der Solidaritätskundgebungen mit den Bergarbeitern in Bewegung gebracht. Selbst FUGR-Funktionäre geben zu, daß die alternativen Gewerkschaften auf der Ebene von Betrieben oder Branchen oft die Initiatoren von Aktionen sind, während die offiziellen Gewerkschaften hinterherhinken.

Was macht den Erfolg der neuen Gewerkschaften aus? Die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft, die ausschließlich auf der Idee der Solidarität basiert; das Berufsprinzip, das die Mitgliedschaft von Arbeitgebern und Nichtfacharbeitern ausschließt; das Bestreben zu einer Begrenzung auf gewerkschaftliche Funktionen sowie das Fehlen eines sperrigen bürokratischen Apparats, so daß eine Verbindung zwischen Funktionären und einfachen Mitgliedern vorhanden ist.

Natürlich weisen die alternativen Gewerkschaften auch Mängel auf, so sind sie gezwungen, sich mit der Praxis der Doppelmitgliedschaft abzufinden. Wenn Beschäftigte in die neuen Gewerkschaften eintreten, verlassen sie nicht immer die alten, die ihnen nach wie vor Mitgliedsbeiträge abziehen. In diesen Fällen entgehen den neuen Gewerkschaften Beiträge, was ihre finanzielle Basis erheblich schwächt. Ein anderes Problem ist die mangelhafte Kontrolle der Gewerkschaftsgelder, was zu finanziellen Mißbräuchen und Skandalen führt, die die Autorität der neuen Gewerkschaften beträchtlich unterminieren. Außerdem fehlt es den Gewerkschaften an Fachleuten und qualifiziertem Personal. Auch die intellektuelle Unterstützung der Gewerkschaften läßt zu wünschen übrig - bis heute verhält sich die Intelligenz zurückhaltend gegenüber der Arbeiterbewegung. Unzureichend ist auch der Zusammenhalt der alternativen Gewerkschaften, deren Vereinigungsbemühungen durch persönliche Ambitionen der Führer, durch finanzielle Egoismen und durch stark abweichende Strukturen behindert werden.

#### c) Alternative, konservativ orientierte Gewerkschaften

Unter den wenigen alternativen Gewerkschaften, die konservativ orientiert sind, fällt die im Dezember 1990 gegründete unabhängige Gewerkschaft der Arbeiter „Sascita“ (die Abwehr) besonders auf, die der orthodox-kommunistischen Ideologie verbunden ist. Laut eigenen Angaben zählt diese Gewerkschaft ungefähr 15 000 Mitglieder in 10 bis 15 Städten Rußlands und in etwa 150 großen Betrieben der Rüstungsindustrie und des Maschinenbaus. Das Hauptziel der „Sascita“ ist die Arbeiterselbstverwaltung. Die Gewerkschaft ist gegen die Privatisierung und gegen Privateigentum überhaupt und fordert die kostenlose Übergabe staatlicher Betriebe an die Arbeitskollektive. Reformen will sie ausschließlich auf Kosten von Eigentümern und Arbeitgebern durchgeführt wissen. Die „Sascita“ wendet sich gegen die Arbeitslosigkeit und schlägt dagegen den Weg der gesetzlichen Kürzung der Arbeitszeit vor.

Die konservativen Gewerkschaften gehen davon aus, daß die Macht in der Gesellschaft den Arbeitern gehören muß und schlagen eine grundlegende Reform des politischen Systems vor: Auf allen Ebenen sollen Zweikammer-

rate gebildet werden; eine Kammer soll mit Abgeordneten der Betriebe, die andere mit Abgeordneten der Bevölkerung besetzt sein.

Im April 1992 fand in Niznij Novgorod ein Kongreß der Arbeiterräte Rußlands statt, der von den konservativen Gewerkschaften und der prokommunistischen Arbeiterbewegung „Werktägliches Rußland“ organisiert war. Die Programmklärung des Kongresses enthält Thesen zur Übergabe von Betrieben an die Arbeiter sowie zur Arbeiterselbstverwaltung. Außerdem wurde gegen „den Ausverkauf Rußlands an die ausländischen Kapitalisten“ protestiert.

#### d) Lokale Gewerkschaften

Lokale Gewerkschaften zeichnen sich durch geringe Mitgliederstärke (einige Dutzend bis einige Hundert Mitglieder), räumliche Begrenztheit und anarchosyndikalistische Tendenzen aus. Sie vereinigen in ihren Reihen hauptsächlich Arbeiter aus Industriebetrieben und einer einzigen Stadt. Die größte Zahl von lokalen Gewerkschaften ist in St. Petersburg und Moskau registriert. Die Kampfmethoden der lokalen Gewerkschaften sind von Aggressivität und Konfrontationslust gekennzeichnet. Einige Experten nennen sie ironisch „Agenturen zur Organisierung von Streiks“.

Die lokalen Gewerkschaften unterhalten punktuelle, für sie vorteilhafte Kontakte zu den offiziellen und alternativen Gewerkschaften, obwohl sie im Prinzip kritisch zu beiden stehen. Sie streben keine Vereinigung an und werden ihre Tätigkeit als Einzelorganisation auch in der Zukunft fortsetzen.

#### e) Gewerkschaften in den nichtstaatlichen Sektoren

In Rußland gibt es ungefähr 10 solche Gewerkschaften, die in den vergangenen zwei bis drei Jahren auf der Basis der neuen Eigentumsformen entstanden sind. Ihre Mitglieder, deren Anzahl 3 Millionen Menschen nicht übersteigen dürfte, sind sowohl Arbeiter der nichtstaatlichen Betriebe als auch Unternehmer selbst. Dieser Umstand ruft Kritik von der Seite der alternativen demokratisch und konservativ orientierten Gewerkschaften hervor, die der Meinung sind, daß die Unternehmer diese Gewerkschaften eigennützig mißbrauchen. Und die kurze Geschichte dieser Gewerkschaften zeigt, daß ihr Hauptziel nicht der Kampf für die Interessen von Lohnabhängigen ist, sondern daß sie viel eher Unternehmerverbände sind. Als solche unterstützen sie die Privatisierung, setzen sich für die Ermäßigung der Steuer auf Unternehmensgewinne ein und verhalten sich ziemlich tolerant gegenüber der Arbeitslosigkeit - als unumgängliche Folge marktwirtschaftlicher Reformen.

Zwei von zehn Gewerkschaften des nichtstaatlichen Sektors sind Mitglieder der FUGR. Im Juli 1992 wurde eine selbständige Vereinigung der Gewerkschaften des nichtstaatlichen Sektors, der „Kongreß der Russischen Gewerkschaften“ (KRG) gegründet. Der KRG beansprucht die Vertretung von Interessen des Mittelstandes in der Stadt und auf dem Lande. Er verzichtet auf ultimative Forderungen und Streikdrohungen, weil das die Unternehmertätig-

keit schäche. Politisch ist der KRG mit den Parteien liberaler Schattierung verbunden.

#### f) Arbeiterbewegung

Die gegenwärtige Arbeiterbewegung in Rußland wurde in den Streiks der vergangenen Jahre geboren. Seit dem Sommer 1989, als die Bergarbeiter erstmals streikten, begannen sich Arbeiterkomitees (Streikkomitees) zu bilden, die politische Forderungen erhoben und die vielfach Machtbefugnisse an sich zogen. Besonders stark waren diese Komitees in Kuzbas (Kuznetsbecken), Workuta und Donbas (Donetsbecken).

Der Arbeiterbewegung gehören nicht nur Arbeiter an, ihr sind verschiedene gesellschaftliche und politische Organisationen, Assoziationen, Parteien zuzurechnen. Die Arbeiterbewegung war zunächst politisiert, und vor der Bildung von alternativen Gewerkschaften übten die Arbeiter- und Streikkomitees außer den politischen auch wirtschaftliche Funktionen aus. Nachdem, nicht zuletzt auf Initiative der Komitees, neue, demokratisch orientierte Gewerkschaften gegründet waren, ging ein beträchtlicher Teil der ökonomischen Aktivitäten auf diese über. Die fortschrittlich orientierten Organisationen sind das wichtigste Element in der Arbeiterbewegung. Dazu zählen die Arbeiter- und Streikkomitees aus Kuzbas, Workuta sowie die „Konföderation der Arbeit“. Organisationen der konservativen, stalinistischen Richtung, also die „Vereinigte Front der Werktätigen“ (entstanden im Herbst 1989) sowie die Bewegung „Werktätiges Rußland“ spielen keine wesentliche Rolle. Diese Gruppen, die sich für die Ideen eines „wahrhaften Sozialismus“, gegründet auf die Kombination von Demokratie und Planwirtschaft, einsetzen, sind zahlenmäßig relativ klein.

#### Etappen des Streikkampfes

In der Entwicklung der Streikbewegung lassen sich drei Hauptetappen unterscheiden. Die erste (1987 bis erste Hälfte des Jahres 1989) war die Keimperiode und die Phase spontaner Streiks. Sie waren durchweg lokal begrenzt und schlecht organisiert, stellten vorwiegend ökonomische Forderungen auf und fanden grundsätzlich in der Industrie und beim Transportwesen statt. Hauptstreikregionen waren der Ural und das Zentrum Rußlands.

Die zweite Etappe (zweite Hälfte 1989 bis erste Hälfte 1991) war durch eine rapide Politisierung der Streiks, sowie durch deren Forderung nach Demokratie charakterisiert. Aus den lokalen Streiks wurden Massenstreiks, die Arbeiterkomitees breiteten sich aus. Praktisch alle Branchen waren von Streiks betroffen. Hauptzentren waren Donbas, Kuzbas, Workuta sowie Moskau und St. Petersburg. In diesen Regionen wirkten die Arbeiterbewegung und die demokratischen politischen Organisationen aktiv zusammen.

Die dritte Etappe begann in der zweiten Hälfte des Jahres 1991. Nunmehr stellten die Streikenden verstärkt ökonomische Forderungen: Beseitigung der

staatlichen Zwangswirtschaft, Umwandlung der Eigentumsformen und so weiter. Nachdem in der ersten und zweiten Phase die alternativen, demokratisch orientierten Gewerkschaften Hauptträger des Streiks waren, begannen in der dritten Etappe auch die offiziellen Gewerkschaften, diese Form des Kampfes zu nutzen. Als Resultat der Streiks gingen 1989 7,3 Mill. Arbeitstage, 1990 10,3 Mill. und in den ersten 3 Monaten des Jahres 1991 1,2 Mill. Arbeitstage verloren.<sup>12</sup>

Nach den Streiks der Bergarbeiter im Herbst 1989 wurde ein Gesetz der UdSSR „Über die Lösung kollektiver Arbeitskonflikte“ angenommen. Dieses Gesetz legalisierte den Streik und regelte die Verhandlungsmechanismen im Konfliktfall. 1991 wurden eine neue Fassung dieses Gesetzes sowie eine Anordnung des Präsidenten der UdSSR verabschiedet, die Streiks, vor allem in den wichtigsten Branchen, begrenzte: einem Viertel bis einem Drittel der Industriearbeiter wurde das Recht auf Streik genommen. Gleichzeitig wurden politische Streiks verboten. Nach dem Zerfall der UdSSR wendet die Regierung Rußlands, wenn es ihr opportun erscheint, diese alte sowjetische Gesetzgebung an.

Streik und Streikdrohung bleiben dennoch die wichtigsten Mittel zur Lösung von Arbeitskonflikten in Rußland. Welche Ursachen haben solche Konflikte? Eine große Zahl von Betrieben, besonders im Rüstungssektor, in der Leichtmetall- und Nahrungsmittelindustrie, erklärt sich bankrott. Dieser Tatbestand sowie die Unfähigkeit und die Unlust der Betriebe, auf neue Art und Weise zu arbeiten, spornen die Beschäftigten zu Streiks an, mit denen sie meist Hilfe vom Staat fordern. Da es bisher noch keine ordnungsgemäßen Arbeitgebervereinigungen gibt, appellieren die Arbeitnehmer eben direkt an den Staat. Schließlich werden mit den Streiks auch immer wieder Reformen verteidigt. Es sei daran erinnert, daß Jeltsin während des Putsches im August 1991 die Werktätigen zum politischen Streik zum Schutz der Demokratie aufrief.

#### Schritte zur Sozialpartnerschaft

Die Idee vom Zusammenwirken zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Staat wird sowohl von den offiziellen als auch den alternativen Gewerkschaften verfolgt. Alle sind an der Entwicklung von Sozialpartnerschaft interessiert. Das gibt der Regierung die Gelegenheit, die Rolle der Feuerwehr loszuwerden und sich in spontan entstehende soziale Konflikte nicht einzumischen. Die Gewerkschaften erhalten im Gegenzug eine offizielle Möglichkeit, Einfluß auf die Regierung zu nehmen.

Am 24. Januar 1992 wurde auf Anordnung des Präsidenten Rußlands die dreigliedrige Kommission zur Regulierung der Arbeitsverhältnisse gebildet. Ihr gehören je 14 Vertreter der Regierung, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber an.

---

12 L. Gordon, E. Klopov: Trudovye otnosenija: k trechstoronnemu partnerstvu, in: Političeskie issledovanija, 1-2, 1992, S. 167-177, hier S. 173.

Im heutigen Rußland lassen sich drei Ebenen der Sozialpartnerschaft unterscheiden: die gesamtstaatliche, auf der jährlich im Rahmen der genannten Kommission ein Generalabkommen zu sozialen und ökonomischen Fragen abgeschlossen wird; die Branchenstufe, auf der ebenfalls jährlich Tarifabkommen für die Branchen abgeschlossen werden; die Einzelbetriebsstufe, auf der Kollektivverträge zwischen Unternehmensleitungen und Gewerkschaften (oder dem Rat des Arbeitskollektivs) geschlossen werden.

Das Generalabkommen für 1992 sieht Maßnahmen zur Unterstützung der Reformen, zur Sicherung der Arbeitsplätze, zur Regulierung des Lebensniveaus, beim Arbeitsschutz, der ökologischen Sicherheit sowie soziale Garantien vor. Die Praxis hat gezeigt, daß die Konfrontation zwischen den Vertretern der unterschiedlichen Gewerkschaften innerhalb der dreigliedrigen Kommission manchmal stärker ist als die zwischen Regierung und Gewerkschaften. Die Vereinigung der alternativen Gewerkschaften „Sozprof“, die drei Plätze in der Kommission innehat und in Opposition zur FUGR steht, unterstützt die Regierung am deutlichsten, so daß viele Vorschläge, die von den offiziellen Gewerkschaften gemacht werden, blockiert werden können.

#### Perspektiven der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in Rußland

Die Bedeutung der Gewerkschaften wird wachsen - trotz aller Versuche der Regierung, sie zu schwächen oder zu zersplittern. Die objektiven wirtschaftlichen Faktoren wie Instabilität der wirtschaftlichen Entwicklung, Verstärkung der Vermögensdifferenzierung, Fehlen eines durchsetzungsfähigen Mittelstandes machen diese Prognose wahrscheinlich. Hinzu kommt die wachsende Enttäuschung der russischen Bevölkerung über die zahlreichen Parteien, die nicht imstande sind, ihren Versprechungen Taten folgen zu lassen. Unter diesen Umständen bleiben die Gewerkschaften die einzige Organisation, die sich mit den Alltagsproblemen der einfachen Leute befaßt.

Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wird sich die Zersplitterung verstärken, wobei sich im Hintergrund zwei Haupttendenzen entwickeln werden: langsamer Untergang der traditionellen Gewerkschaften und allmählicher Aufstieg der neuen Gewerkschaften. Erstere werden allerdings einstweilen die größte Massenorganisation bleiben.

Neueste Umfrageergebnisse zeigen, daß die Mehrheit der Arbeitnehmer (96 Prozent oder 60 Millionen Menschen) nicht die Absicht hat, in der nächsten Zukunft aus der Gewerkschaft auszutreten. Wahrscheinlich werden die offiziellen Gewerkschaften in den nächsten zwei bis drei Jahren etwa 10 Prozent ihrer Mitglieder verlieren, von denen nur ein Teil den alternativen Gewerkschaften beitreten wird. In der FUGR werden entweder die Reformer an die Macht kommen, so daß ein Prozeß der Wandlung einsetzt, oder die konservative Spitze bringt es soweit, daß sich die FUGR in drei bis vier Gewerkschaftsvereine teilt: für die Produktion, für den Nichtproduktionsbereich, für den rüstungswirtschaftlichen sowie für den agrarwirtschaftlichen Komplex.

Die Gewerkschaften der Arbeitnehmer des nichtstaatlichen Sektors werden der Regierung gegenüber besonders loyal bleiben und werden je nach Ausbreitung der neuen Eigentumsformen immer größer werden. Doch auch bei ihnen wird es zu einer Zersplitterung kommen: Die Verbände der Unternehmer werden sich ausgliedern, die Masse der Arbeiter wird den offiziellen oder alternativen Gewerkschaften beitreten.

Die konservativen Gewerkschaften werden ihre zahlenmäßige Stärke im Zusammenhang mit dem Anwachsen der krisenhaften Wirtschaft erhöhen und werden sich weiter politisieren. Alles in allem wird der kommunistische Einfluß auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung jedoch zweitrangig bleiben.

Die Arbeiterbewegung verschmilzt teilweise mit den Machtorganen (durch die Wahl von Führern der Arbeiterbewegung in staatliche Positionen) und teilweise mit den alternativen Gewerkschaften. Einige Funktionäre wechseln in die Wirtschaft, deren neue Strukturen auch mit Hilfe von Arbeiter- und Streikkomitees gebildet werden.

Aus folgenden Gründen ist es unwahrscheinlich, daß auf der Basis der Gewerkschaften eine große politische Partei entsteht: Die Bevölkerung ist gleichgültig gegenüber der Politik; es gibt bereits eine Unmenge von Parteien; in der Führung der Gewerkschaften fehlt eine einheitliche politische Richtung. Deshalb wird es keine Partei nach dem Typ der Labour Party geben.

Wahrscheinlich wird es im Winter 1993 nicht zu Massenstreiks kommen. Trotzdem sind lokale Streiks von Lehrern, Ärzten, Kommunalarbeitern, Fluglotsen sowie Bergarbeitern wahrscheinlich. Allerdings wird die Regierung die Situation unter Kontrolle behalten.